universelle
Beiträge zur Gleichstellung

STAAT, POLITIK UND GESCHLECHT

GENDERFORSCHUNG IN DER POLITIKWISSENSCHAFT

SIBYLLE HARDMEIER (HG.)

universelle 6, Januar 2004

UniFrauenstelle
Gleichstellung von
Frau und Mann
an der Universität Zürich

Universität Zürich

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	KATHRIN HÖNIG	**VII**
EINLEITUNG	SIBYLLE HARDMEIER	**1**
GESCHLECHT ALS POLITIKWISSENSCHAFTLICHE ANALYSEKATEGORIE: THEORETISCHE UND METHODISCHE ÜBERLEGUNGEN	BIRGIT SAUER	**5**
ETAT ET CITOYENNES: APPROCHE DE GENRE	LORENA PARINI, THANH-HUYEN BALLMER-CAO	**21**
GESCHLECHTERSENSIBLE DEMOKRATIETHEORIE	SIBYLLE HARDMEIER	**35**
DAS GESCHLECHT IN DER ELITEN- UND PARLAMENTSFORSCHUNG	SIBYLLE HARDMEIER	**53**
WAHL- UND STIMMVERHALTEN ALS FORSCHUNGSFELD FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT	GESINE FUCHS	**73**
DIE FRAUENBEWEGUNG ALS NEUE SOZIALE BEWEGUNG? KRITISCHE BEMERKUNGEN AUS GESCHLECHTERREFLEKTIERTER SICHT	REGINA-MARIA DACKWEILER	**89**
L'ETAT, L'ANALYSE DES POLITIQUES PUBLIQUES ET LE GENRE	VÉRONIQUE MOTTIER	**103**
GENDERFORSCHUNG IN DER POLITIKWISSENSCHAFT. STUDIENANGEBOTE IN DER SCHWEIZ, IN ÖSTERREICH UND IN DEUTSCHLAND	BRIGITTE GÜGLER	**119**
GENRE, POLITIQUE ET SCIENCE POLITIQUE	THANH-HUYEN BALLMER-CAO, SIBYLLE HARDMEIER	**139**
AUTORINNEN		**150**

WAHL- UND STIMMVERHALTEN ALS FORSCHUNGSFELD FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

GESINE FUCHS

1. EINLEITUNG

In der herkömmlichen politischen Partizipationsforschung erscheinen Frauen im Vergleich zu Männern immer noch vor allem als Defizitwesen: angeblich politisch weniger interessiert und kompetent sowie mit geringeren Ressourcen ausgestattet wird erklärt, dass sie seltener politisch aktiv sind, weniger wählen und in Parteien, Parlamenten und Regierungen noch immer unterrepräsentiert sind. Der Skandal, dass die Unterrepräsentation einer Hälfte der Bevölkerung an politischer Macht ein gravierendes Demokratieproblem darstellt, verschwindet dahinter.

Die feministische Wissenschaft steht auch im Feld der Partizipationsforschung grundsätzlich vor drei Aufgaben, will sie Fragen des Geschlechterverhältnisses nachhaltig in die Politologie integrieren. Diese drei Aufgaben folgen forschungsgeschichtlich aufeinander, so dass auf vorgängig erhaltene Erkenntnisse aufgebaut wird. Doch ist keine von ihnen heute gelöst, sondern im «Rad der Wissenschaft» beziehen sich theoriekritische, empirische und theoriegenerierende Zugänge fortdauernd aufeinander:

Die Wissenschaft muss *erstens* den Ausschluss von Frauen aus den gängigen Theorien kritisieren und hierbei insbesondere die ideologische Trennung von öffentlicher und privater Sphäre angreifen, indem sie das Kernproblem in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse, die wechselseitige Beeinflussung beider Bereiche thematisiert und untersucht (vgl. dazu Sauer in diesem Band). Kritische Analysen einschlägiger Partizipationsstudien wiesen seit den 1970er Jahren nach, wie die Konstruktion der Untersuchungen, Themen, Bilder und die Definition dessen, was als politisch anzusehen sei, Frauen als politische Akteurinnen unsichtbar machte und als apolitische Wesen erscheinen liess. Zudem wurden auch Forschungsergebnisse gestreckt oder falsch zitiert, um das Stereotyp der unpolitischen Frau zu bestätigen.[1]

Darauf folgten und folgen *zweitens* Untersuchungen, deren Aufgabe es ist, Frauen in die Politik als Akteurinnen und Bürgerinnen quasi «einzulesen» und Wissen über sie zu generieren. Welches Rollenverständnis haben Politikerinnen, wofür stimmen Frauen und Männer und wie lassen sich Unterschiede im politischen Verhalten erklären? Die Forschungen machen mit dem Einbezug der Variable Geschlecht Frauen überhaupt sichtbar. Das ist keineswegs banal oder obsolet. Die Generierung empirischen Wissens ist stets ein erster notwendiger Schritt, um die Suche nach Gründen zu ermöglichen und schliesslich zur Hypothesenbildung und zur Rekonzeptualisierung etwa des Politikbegriffes anzuregen. Hierbei werden zwar existierende Kategorien der politischen Analyse und die Definition des Politischen zuerst einmal akzeptiert, aber die Ergebnisse werfen ein neues Licht auf die Geschlechterverhältnisse in der Politik, so dass die Ungleichverteilung von Partizipation und Macht zwischen den Geschlechtern nachhaltig delegitimiert wird. Daraus resultierend ist es schliesslich *dritte* notwendige Aufga-

be, die Grundannahmen und Analyserahmen politischer Analyse und Partizipationsforschung zu rekonzeptualisieren und systematische Zusammenhänge zwischen Geschlecht und anderen sozialen Strukturen erklären zu können.[2]

Eine heute geläufige Definition politischer Beteiligung lautet: «Partizipation in der Politik bedeutet alle Handlungen, die Bürger einzeln oder in Gruppen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems (Gemeinde, Land, Bund, evtl. supranationale Einheiten) zu beeinflussen und/oder diese selbst zu treffen.»[3] Diese Begriffsbestimmung ist bereits eine Erweiterung des klassischen, nur auf Institutionen gerichteten Partizipationsverständnisses, denn mit dem Aufkommen neuer politischer Protestbewegungen seit den sechziger Jahren war auch die Forschung herausgefordert, diese neuen Formen politischer Beteiligung zu untersuchen. Dies mündete in eine erweiterte Taxonomie politischer Partizipation. In den Begriff sind heute konventionelle bzw. verfasste Formen wie Wahlbeteiligung und Mitarbeit in einer Partei eingeschlossen. Dazu gehören weiterhin unkonventionelle bzw. unverfasste Formen wie Bürgerinitiativen und Demonstrationen und schliesslich häufig als illegal geltende Protestformen wie Besetzungen und wilde Streiks.[4]

Im Folgenden wird ein Teilbereich der Partizipationsforschung vorgestellt, die Wahl- und Abstimmungsforschung. Diese untersucht einfach gesprochen folgende Fragen: Wer wählt wen warum mit welcher Absicht und welchen Folgen? Partizipieren Frauen und Männer unterschiedlich an Wahlen und Abstimmungen und wenn ja, mit welchen Konsequenzen? Die Wahl- und Abstimmungsforschung untersucht damit die Teilnahme von Staatsbürgerinnen und -bürgern an Sachentscheidungen und der Wahl in Repräsentativorgane, also einem einfachen Akt verfasster politischer Partizipation.

Im nächsten, zweiten Abschnitt wird in Konzepte und Felder der Wahlforschung eingeführt. Der dritte Abschnitt stellt die bisherigen Erträge zum Stimm- und Wahlverhalten vor: die empirische Demontage von vorherrschenden Stereotypen (3.1), die Frage von Wahlbeteiligung und -enthaltung sowie des Wahlverhaltens (3.2) und schliesslich werden unter 3.3 Ergebnisse zum Abstimmungsverhalten von Frauen bei Volksabstimmungen und -begehren diskutiert. Der Text schliesst mit einem kurzen Ausblick auf Forschungsdesiderate unter Punkt 4. Das Ergebnis von Wahlen, die Frage der politischen Repräsentation, wird im Beitrag «Das Geschlecht in der Eliten- und Parlamentsforschung» von Hardmeier analysiert.

2. KONZEPTE UND FELDER DER WAHLFORSCHUNG

Die Wahlforschung umfasst drei wesentliche Bereiche.[5] Die *Wahlrechtsforschung* hat den umstrittenen Prozess der Einführung allgemeiner, gleicher und direkter Wahlen zum Gegenstand und fragt nach der Ausgestaltung des Wahlrechts. Die *Wahlsystemforschung* beschäftigt sich mit Struktur, Klassifikation und der Wirkung von Wahlsystemen auf Wahlentscheidungen und auf die Repräsentation. Die *Wahlsoziologie* schliesslich will erhellen, welche Faktoren die individuelle politische Partizipation beeinflussen. Hier geht es um Beschrei-

bung, Erklärung und Prognose von Wahlbeteiligung, individueller Wahlentscheidung, der Verteilung der Präferenzen bei den Wählerinnen und Wählern und ihre Verbindung mit sozialen, kulturellen und historischen Einflüssen. In allen diesen drei Bereichen liegen geschlechtersensible Forschungsergebnisse vor. Grundsätzlich besteht bei dieser quantitativen Forschung immer ein Spannungsverhältnis zwischen der Analyse anhand der Variable Geschlecht und der Tatsache, dass es sich bei der Geschlechterungleichheit um ein mehrdimensionales gesellschaftliches Strukturverhältnis handelt, das sich eben nicht in einer einzigen Variable abbildet.

2.1. WAHLRECHTSFORSCHUNG

Ohne allgemeines Wahlrecht keine Demokratie. Doch was bedeutet «allgemein»? Wer gehört zum *demos*? Die Ausweitung des Wahlrechts auf alle Erwachsenen ist ein langer Prozess. Auch Frauen mussten darum kämpfen, als Staatsbürgerinnen anerkannt zu werden – der aufklärerische Gleichheitsbegriff bezog sich nicht auf sie.[6] Studien zum Frauenwahlrecht illustrieren die o.a. drei Aufgaben feministischer Wissenschaft. Sie zeigen *erstens*, dass es notwendig ist, das Verhältnis von Staat und Nation, Staatsbürgerschaft, Individuum und Geschlecht neu zu definieren, also den Ausschluss von Frauen aus den hegemonialen Theorien zu bekämpfen. Sie machen *zweitens* Frauen als politische Akteurinnen sichtbar, indem sie eine lange Tradition politischer Organisierung belegen. Sie arbeiten die Relevanz von sozialen Bewegungen heraus, indem sie zeigen, dass Frauenbewegungen eine immer essentielle, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für die Verwandlung der Frau zur Staatsbürgerin sind. So belegen sie *drittens*, dass der Politikbegriff ausgeweitet werden muss (zu Frauenbewegungen vergleiche den Beitrag von Dackweiler in diesem Band).

Stimmrechtsforderungen wurden von Frauenbewegungen später als andere Themen wie Bildung oder Erwerbstätigkeit aufgenommen.[7] Erfolg versprechend waren dabei strategische politische Allianzen mit anderen sozialen Bewegungen wie in den USA oder die Verquickung mit nationalen Unabhängigkeitsbewegungen wie in Osteuropa. Ideologische Spaltungen schwächten die Bewegungen hingegen, wie in Deutschland. Dort war umstritten, ob ein allgemeines Wahlrecht oder eines zu den gleichen Bedingungen wie das der Männer (z.B. Zensuswahlrecht) angestrebt werden sollte. In bürgerlichen Bewegungen für das Stimmrecht überwogen auf Grund des eigenen Frauenbildes lange Nicht-Konfrontation und Konsenssuche, so dass häufig nur ein zu eingeschränktes Repertoire an politischen Taktiken zur Verfügung stand, um genügend politischen Handlungsdruck zu erzeugen.

In der Forschung zum Frauenwahlrecht besteht heute weit gehend Einigkeit darüber, dass die Einführung des Frauenwahlrechts keine «Belohnung» für vielfältige, z.B. patriotische Leistungen der Frauen in Kriegszeiten war, sondern auch – wie in Deutschland im November 1918 – einer revolutionären Situation geschuldet ist. Häufig wurde das Recht im Kontext politisch-strategischer Überlegungen der hegemonialen Eliten eingeführt. In Polen beispielsweise wurde nach dem Ersten Weltkrieg der Durchbruch für das Stimmrecht erzielt, als nationalkonservative Politiker die Stimmen polnischer Frauen als Gegengewicht zu denen der natio-

nalen Minderheiten erkannten. 1971 sei das Frauenstimmrecht in der Schweiz konsensfähig gewesen, so Hardmeier, weil sich die Bürgerlichen von konservativen Wählerinnenstimmen eine Restabilisierung versprachen. Doch das schweizerische Beispiel verdeutlicht auch, dass es ohne radikaleren Druck von unten (wie der Marsch auf Bern 1969 und die Frauenbefreiungsbewegung) nicht zum Erfolg gekommen wäre. Die Referendumsdemokratie hat die Einführung des Frauenstimmrechts zwar hinausgezögert, doch waren Politiker bis 1971 mitnichten fortschrittlicher als das männliche Stimmvolk.[8]

2.2. WAHLSYSTEMFORSCHUNG

Wahlsysteme haben einen grossen Einfluss auf die Ausgestaltung von Demokratien, Regierungs- und Parteiensystemen. Während der Einfluss verschiedener Wahlsysteme auf die Repräsentation von Frauen und Minderheiten gut untersucht ist[9] (siehe dazu den Beitrag «Das Geschlecht in der Eliten- und Parlamentsforschung» von Hardmeier), gibt es einen grossen Forschungsbedarf darüber, welche Wirkungen das Wahlsystem auf die Entscheidung der Stimmenden hat. Dazu bieten sich Staaten mit unterschiedlichen Wahlsystemen an, wie etwa Deutschland (Erststimme – Mehrheitswahlrecht; Zweitstimme – Proporzwahlrecht), Ungarn oder die Schweiz. Für Deutschland existieren repräsentative Wahlstatistiken[10] nach Alter und Geschlecht, die einen Eindruck einer etwaigen Stimmtaktik der Wählenden ermöglichen. Panaschierstimmenstatistiken können in der Schweiz auf Grund der Datenlage nur auf der Ebene der Kandidierenden angefertigt werden, nicht auf der Ebene der Wählerinnen und Wähler. Analysen sind dennoch selten, u.a. weil eine einzige Wahl bereits riesige Datenmengen produziert.[11]

2.3. WAHLSOZIOLOGIE

Bei der Erklärung individueller politischer Partizipation, wie dem Wahlverhalten, werden grob drei theoretische Ansätze unterschieden.[12] *Strukturelle Theorien* des Wählens gehen davon aus, dass Wählende langfristig und relativ stabil in gesellschaftlichen Strukturen verankert sind. Entsprechend können spezifische Grundkonflikte, Werte, sowie die Bindungen an Klassen und Milieus das Wahlverhalten, politische Einstellungen und Präferenzen für Kandidierende erklären. Dazu werden Hintergrundvariablen wie Einkommen, Bildungsstand, Beruf und Schichtzugehörigkeit oder Konfession herangezogen. *Sozialpsychologische Theorien* betonen die Wichtigkeit politischer Einstellungen für die Involviertheit und aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger. Sie sehen politische Einstellungen und besonders die Parteiidentifikation als eine langfristig wirksame Determinante des Wahlverhaltens, welche durch politische Sozialisation meist schon in der Jugend erworben wird. *Instrumentelle Theorien* des Wählens gehen davon aus, dass Wahlberechtigte nach einer rationalen Kosten-Nutzen-Abwägung wählen bzw. nicht wählen. Sie beurteilen Leistungen und Positionen der Parteien und Kandidaten-Alternativen, bewerten die bisherige Arbeit z.B. der Regierung und treffen dann ihre Wahlentscheidung. Diese Ansätze ergänzen sich heute eher als dass sie sich ausschliessen, d.h. verschiedene Ansätze können auch verschiedene Befunde der Wahlsoziologie unter-

schiedlich gut erklären. So besteht Einigkeit über die gesellschaftsstrukturelle Verankerung von Wahlentscheidungen und über die gesteigerte Bedeutung situativer und politik-konjunktureller Faktoren.

Die Wahlsoziologie arbeitet mit Aggregatdatenanalysen (Wahlergebnisse und sozialstatistische Daten auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene werden verknüpft), doch repräsentative quantitative Umfrageforschung macht heute den grösseren Teil aus. Dabei werden repräsentativ ausgewählte Personen nach Parteipräferenzen, Einstellungen und Meinungen, Organisationszugehörigkeiten und soziodemographischen Daten befragt. Aus dieser Fokussierung ergeben sich methodische und systematische Probleme. Das sind klassische Schwierigkeiten der Umfrageforschung wie die Befragungstechnik oder Verzerrung durch soziale Erwünschtheit der Antworten. Haben bestimmte Fragen für alle Beteiligten, wie die nach Interesse für Politik, die gleiche Bedeutung, messen sie also das Gleiche?[13] Qualitative Methoden der Sozialforschung (wie offene Interviews oder Gruppendiskussionen) spielen in der Wahlsoziologie zur Zeit keine Rolle. Sie wären aber gut geeignet, Fragen zum Wandel von Werten und Parteienidentifikationen, der politischen Kultur und zur Formierung neuer Bewegungen und Parteien zu beantworten, da im qualitativen Paradigma die Weltsicht und Sinnkonstruktion der Befragten zum Zuge kommt. Allfällige Unterschiede im Politikverständnis zwischen den Geschlechtern wären einer solchen Analyse zugänglich. Heute wird fast nur das Wahlverhalten erforscht, und die Rückbindung an die demokratietheoretischen Grundfragen des Wählens fehlt – was bedeuten Wahlen, Wahlbeteiligung und -enthaltung für die Legitimität, die Systemstabilität und die Qualität einer Demokratie?

Im individualistischen Fokus heutiger Wahlsoziologie wird Geschlecht nur als unabhängige Variable in einem Erklärungsmodell politischer Partizipation gesehen, wodurch sich die gängigen Thesen zum Partizipationsdefizit von Frauen in der Politik bestätigen lassen, wie mangelnde Kompetenz, zu wenig Zeit und Abkömmlichkeit und politikferne Sozialisation. Eine solche Sicht reduziert jedoch gesellschaftliche Zusammenhänge auf individuelle Merkmale. Feministische Forschung will hingegen auch die systemischen Gründe und spezifischen Determinanten geschlechtsspezifischen Partizipationsverhaltens beschreiben und erklären. Dazu bedient sie sich meist eines «Magischen Dreiecks», bei dem sozialstrukturelle, politisch-kulturelle, institutionelle Faktoren in einem komplexen Wirkungszusammenhang stehen.[14] Bei den sozialstrukturellen Faktoren besteht nach dem von Verba und Nie bereits in den 70er Jahren entwickelten und bis heute gültigen «Standardmodell» der politischen Beteiligung zwischen der individuellen Ressourcenausstattung und politischer Partizipation eine positive Korrelation.[15] Das heisst: je höher der Bildungsstand, je qualifizierter der Beruf und je höher das Einkommen, um so grösser ist die Chance für ein politisches Engagement. Mit dem Konzept der politischen Kultur (die Gesamtheit aller politisch relevanten Meinungen, Einstellungen und Werte der Mitglieder einer Nation) werden gesellschaftliche Werte und Normen gegenüber der politischen Rolle von Frauen sowie die damit verbundenen Einstellungen zur weiblichen politischen Partizipation erforscht. Das Konzept trägt dazu bei, Unterschiede in Niveau und Ausprägung der Partizipation besser zu erklären. Schliesslich prägen institutionelle Gegebenheiten die Partizipationsmöglichkeiten. Dazu gehören die Struktur des Regie-

rungs- und Parteiensystems, die Zugangsmöglichkeiten und -barrieren ins politische System, die politischen Rekrutierungsmuster sowie der bereits erwähnte Einfluss der Wahlsysteme. Auch zählt hierzu die Existenz, Ausgestaltung und Konsequenz direktdemokratischer Instrumente. In ein solches dreidimensionales Erklärungsmodell eingebettet, sind auch geschlechtsspezifische wahlsoziologische Analysen sinnvoll.

3. ERTRÄGE DER GESCHLECHTERFORSCHUNG ZUM STIMM- UND WAHLVERHALTEN

3.1. SICHTBARKEIT UND EMPRIRISCHE DEMONTAGE VON STEREOTYPEN

Geschlechtsspezifische Analysen von Wahl- und Stimmbeteiligung sowie -präferenzen werden heute noch nicht als selbstverständlich und unabdingbar angesehen. Sie machen Frauen als Handelnde sichtbar und können Hypothesen über den Zusammenhang von Geschlecht und politischem Verhalten generieren.

Beispielsweise ergeben Wahlbefragungen und -statistiken in Deutschland immer wieder grosse Unterschiede bei der Unterstützung rechtsextremer Parteien, die fast doppelt so häufig von Männern wie von Frauen gewählt werden.[16] Was bedeutet das für die politische Bekämpfung des Rechtsextremismus? Sind Frauen doch bessere Demokratinnen, haben sie tatsächlich grössere Distanz zu rechtsextremem Gedankengut? Geschlechtsspezifische Analysen können Behauptungen über das politische Verhalten von Frauen empirisch demontieren. Ein Beispiel ist die These, Frauen hätten «Hitler an die Macht gewählt». Mit deutlich sexuellen Untertönen wurde behauptet, dass Frauen besonders fasziniert von der männlichen Dominanz und der autoritären Führerpersönlichkeit Hitlers gewesen seien. Richard Evans konnte zeigen, dass diese Erklärung auf Stereotypen, Vulgärpsychologie und der Überbewertung von Wahl-Veranstaltungen bzw. ihrer späteren medialen Inszenierung beruhten. Aus geographisch und zeitlich verstreuten repräsentativen Wahlstatistiken der Weimarer Republik ist zudem das «Weimarer Muster» weiblicher politischer Präferenzen bekannt. Frauen bevorzugten katholisch-klerikale und national-rechte Parteien, und wählten weniger KPD und SPD. Die Durchsicht dieser Statistiken erbrachte nun aber, dass Frauen wesentlich länger als Männer der NSDAP kritisch gegenüber standen, vor allem in katholischen Gegenden, und erst 1932/33 sich vermehrt dieser Partei zuwandten, so dass vermutlich bei den letzten Wahlen ihr Anteil den der Männer leicht übertraf.[17] Wo also Geschlechterstereotypen zur Erklärung politischer Phänomene beigezogen werden, lohnt es sich, genau hinzuschauen und nachzurechnen.

3.2. WAHLBETEILIGUNG UND WAHLVERHALTEN

3.2.1. WAHLBETEILIGUNG

Repräsentative Statistiken und Umfragen haben in Industriegesellschaften traditionell eine höhere Wahlbeteiligung bei Männern als bei Frauen festgestellt. In Deutschland waren diese Unterschiede allerdings gering und sanken seit Kriegsende (grösster Unterschied: 3,3 Prozentpunkte). Bei der Bundestagswahl 2002 gingen sogar mehr Frauen als Männer an die Urne. Eine Lücke zwischen Frauen und Männern gibt es dort mittlerweile nur noch bei den höchsten Alterskohorten. Bei den jüngsten Staatsbürgerinnen und -bürgern waren Frauen leicht wahlfreudiger, eine Umkehrung zu den neunziger Jahren.[18] Ähnliche Angleichungstendenzen sind auch aus anderen entwickelten Demokratien bekannt. Im Vergleich dazu ist der Unterschied in der Schweiz bei der Wahlbeteiligung allerdings überraschend hoch und stabil. Die Prozentsatzdifferenz betrug 1999 14 (51% der Schweizer, aber nur 37% der Schweizerinnen wählten).[19] Bei der Suche nach den Gründen fanden Ballmer-Cao und Sgier 1998 heraus, dass Merkmale, die nach dem sozioökonomischen Standardmodell normalerweise die Wahlbeteiligung erhöhen, bei Frauen einen schwächeren Effekt aufweisen. Weibliche Vollzeitberufstätigkeit wirkte gar kontraproduktiv. Ein gleich starkes deklariertes politisches Interesse liess hingegen die Unterschiede schrumpfen. Die Autorinnen verdeutlichen, dass die Daten auf steigende Unterschiede innerhalb der Gruppe der Frauen hinweisen. Zwar seien Gründe und Mobilisierungsfaktoren bekannt, um ihren wechselseitigen Zusammenhang zu erhellen, bedürfe es aber grösserer Stichproben.[20]

> *«Dieses Abstimmungslokal war absolut still. Mein Vater hatte mich ermahnt, auf keinen Fall zu reden. (...) ich sah, wie sich mein Vater in einem kleinem Raum versteckte. Er kam wieder und hatte einen kleinen Umweg gemacht, um seinen Abstimmungszettel in die Urne zu stecken. (...) Erst als wir im Hof waren, sagte er zu mir: Du kannst deiner Mutter sagen, dass ich ja gestimmt habe zugunsten des Frauenstimmrechts. Er hat mir das wie ein Gott gesagt. Ich kann mich sehr gut daran erinnern. Und meine Mutter hat eigentlich sehr darauf gezählt, aber sie war sich nicht sehr sicher.»*
>
> *Anne-Marie Hauser-Wasserfallen, die Tochter der bekannten Neuenburger Frauenrechtlerin, Marie Wasserfallen-Ducommun, in einem Interview zum Abstimmungssonntag 29. Juni 1919 in Neuenburg über das Frauenstimmrecht. Hardmeier, Sibylle. 1997. Frühe Frauenstimmrechtsbewegung in der Schweiz (1890-1930). Argumente, Strategien, Netzwerk und Gegenbewegung. Zürich: Chronos, hier: 227.*

Insgesamt sind die Unterschiede in der Wahlbeteiligung deutlich kleiner als jene im deklarierten «politischen Interesse». Die feministische Forschung hat deshalb wiederholt darauf

hingewiesen, dass die Frage nach dem «politischen Interesse» vermutlich nur das Interesse an institutionalisierter «offizieller», also männlich definierter Politik messe, und u.a. deswegen Frauen hierbei stets niedrigere Werte aufwiesen als Männer. Diese Distanz bedinge wahrscheinlich auch, dass sich Frauen eher für unkonventionelle Formen politischer Partizipation begeistern können wie z. B. in Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen.[21] Doch fand Westle im Test zwischen Malestream und feministischen Hypothesen, dass deklariertes politisches Interesse in einem gleich starken Zusammenhang sowohl mit konventioneller als auch mit unkonventioneller Partizipation steht.[22] Einen Teil des niedrigeren Partizipationsniveaus von Frauen konnte sie auf deren geringere Ressourcen zurückführen. Doch zeigen Frauen auch bei gleichem soziodemographischen Hintergrund hinsichtlich ihres Partizipationsniveaus, ihrem politischen Interesse, ihrer subjektiven Kompetenz und der Einschätzung ihrer Einflussmöglichkeiten geringere Werte. Wir treffen hier auf ein immer wieder zu beobachtendes Muster: Unterschiede in der politischen Partizipation sind nach Geschlecht häufig geringer als nach anderen sozialen Merkmalen ausgeprägt, doch bleiben die Geschlechtsunterschiede auch bestehen, wenn andere Eigenschaften konstant sind. Offenbar muss hier der gesellschaftliche Kontext untersucht werden – die kulturellen und institutionellen Faktoren des Magischen Dreiecks. Solche Fragen erfordern aber mehr als die bisherige Umfrageforschung, nämlich die Kombination verschiedener Forschungsmethoden und eine breitere Ausschöpfung auch multivariater Analyseverfahren.[23]

3.2.2. WAHLENTHALTUNG

In den achtziger Jahren sank die Wahlbeteiligung junger Frauen in Deutschland überdurchschnittlich. Eine Studie zu den Motiven junger Nichtwählerinnen stellte fest, dass eine niedrige Wahlbeteiligung mit fehlender sozialer Einbindung, mit Herkunft, Bildung, mit Sozialisation wie dem Einfluss von Eltern und Peergroup zusammenhing – und mit niedrigem politischen Interesse. Es gab aber auch 10% politisch interessierte Nichtwählerinnen, die sozial engagiert und relativ gebildet waren und sich politisch meist links von der Mitte positionierten. Dies ist eine Gruppe, auf die die These eines anderen Politikverständnisses zutreffen könnte.[24] Daraus kann geschlossen werden, dass ein enger Zusammenhang zwischen deklariertem politischen Desinteresse und Wahlenthaltung besteht. Umgekehrt ist aber politisches Interesse keine Voraussetzung zur Teilnahme an Wahlen.

Davon abgesehen haben sich Untersuchungen zur Wahlenthaltung bisher nicht mit dem Geschlecht beschäftigt – sieht man davon ab, dass die «unpolitische Frau» darin wieder weitgehend kommentarlos konstatiert wird. Nun kann Wahlenthaltung einerseits Systemzufriedenheit und -vertrauen ausdrücken. Andererseits wird sie zum Problem, wenn die Wahlenthaltung zunehmend sozial polarisiert ist, wie deutsche und schweizerische Studien herausfanden. Vor allem Bürgerinnen und -bürger mit niedrigem sozialen Status wählen seltener, während höhere Einkommens- und Bildungsschichten ihre Einflussmöglichkeiten auf die Politik nutzen. Eine Clusteranalyse zu schweizerischen Nichtwählerinnen und -wähler ermittelte sechs Typen, von denen vier die These der Systemzufriedenheit stützen können.

Doch die «Politikverdrossenen» und die «Protestierenden» machten ein Viertel der Nichtwählenden aus, darunter überdurchschnittlich viele Frauen. Gerade im Hinblick auf den im internationalen Vergleich grossen Gender Gap bei der schweizerischen Wahlbeteiligung sind hier geschlechterdifferenzierte Forschungen notwendig.

3.2.3. WAHLVERHALTEN

Seitdem es Wahlstatistiken gibt und bis etwa in die sechziger Jahre wählten Frauen in Industriestaaten konservativer als Männer. Dies wurde allgemein auf strukturelle Unterschiede in Religiosität und Erwerbstätigkeit zurückgeführt und stimmte mit den Ergebnissen überein, die Frauen als politisch apathischer und mit engerem Horizont ausgestattet charakterisierten. Dann begannen die Geschlechterunterschiede zu schwinden, was zuerst in den USA beobachtet wurde. Für diese Entwicklung kamen die steigende weibliche Erwerbstätigkeit und die Lockerung bisheriger Verbindungen von Parteien mit Klasse und Religion in Frage. Seit den achtziger Jahren öffnet sich in den USA die Lücke zwischen den Geschlechtern im Wahlverhalten: Frauen wählen relativ konsistent und stabil demokratischer, Männer republikanischer. Auf Grund der Präsidentschaftswahl 1980 wurde dafür der Begriff Gender Gap geprägt. Solche Prozesse sind auch in anderen entwickelten Demokratien wie der Bundesrepublik[25] zu beobachten, während in Entwicklungsländern Frauen noch konservativer stimmen.[26]

In den USA löste der Gender Gap politische Diskussionen aus, insbesondere, welchen Einfluss Frauen mit ihren Stimmen ausüben können («The Women's Vote»).[27] In einer Untersuchung von 167 Gouverneurs- und Senatswahlen zwischen 1990 und 1994, für die repräsentative Befragungen der Wählenden vorlagen, zeigte sich eine Tendenz, dass Frauen Frauen wählen. Insgesamt wählten Frauen zu 15% mehr demokratische Kandidierende. Diese Lücke vergrösserte sich, wenn eine demokratische Kandidatin gegen einen republikanischen Kandidaten antrat und sie schloss sich ein wenig, wenn ein Demokrat oder eine Republikanerin zur Wahl standen.[28] Aus der Schweiz ist bekannt, dass beim Kumulieren und Panaschieren für eine kleine Gruppe um die 10% das Geschlecht der Kandidierenden ein entscheidender Faktor ist – für Frauen allerdings drei Mal häufiger als für Männer.[29] Der sprunghafte Anstieg der Frauenanteile in kantonalen Parlamenten in den ersten Monaten nach der Nichtwahl von Christiane Brunner in den Bundesrat vom März 1993 wurde publizistisch treffend mit «Brunner-Effekt» bezeichnet.

Welches sind die Gründe für diese Entwicklung? Inglehart und Norris testeten anhand von Daten des World Value Survey aus 60 Ländern ihre These, der Hauptgrund seien strukturelle *und* kulturelle Entwicklungen, die die Werte von Frauen und Männern verändert hätten. Strukturelle Faktoren wie die erwähnte Expansion von weiblicher Bildung und Erwerbstätigkeit interagierten mit einem kulturellen Wertewandel, veränderten Geschlechterrollen und erhöhten postmaterialistischen Einstellungen wie Betonung von Selbstbestimmung, Freiheit und Geschlechtergleichheit. Sie kamen zum Schluss:

«In postindustrial societies the modern gender gap persists even after introducing a range of social controls but the size of the gap diminishes once we take into account cultural factors. This finding suggests that the modern gender gap is more strongly the product of cultural differences between women and men in their value orientations, especially attitudes towards postmaterialism and the women's movement, rather than differences in their lifestyles».[30]

Weil diese Unterschiede besonders bei den jüngeren Generationen beobachtbar waren, wäre es möglich, dass die politischen Einstellungen von Frauen sich in Zukunft noch weiter nach links bewegen, und dass sie bei gleicher oder steigender Wahlbeteiligung doch eine entscheidende «Frauenwahl» machen können. Diese Untersuchung verdeutlicht, dass sich Erklärungsansätze für das Wahlverhalten ergänzen. Es ist Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungsprozesse und weist auf ihre notwendige geschlechtersensible Erforschung.

3.3. DIREKTE DEMOKRATIE – EIN INSTRUMENT FÜR FRAUENFREUNDLICHE POLITIK UND UMGESTALTUNG DER POLITISCHEN ÖFFENTLICHKEIT

Im vorhergehenden Abschnitt wurde deutlich, dass sich die Wahlpräferenzen von Frauen verändern. Obwohl sich im internationalen Vergleich ihre Wahlbeteiligung an die der Männer angeglichen hat, bestehen doch weiterhin Unterschiede – insbesondere in der Schweiz – und Wahlenthaltung stellt die Beschaffung von Legitimität durch Wahlen in Frage. Kann demgegenüber die direkte Demokratie nun das Potenzial auf mehr Geschlechtergerechtigkeit sowohl für den Prozess der politischen Entscheidungsfindung als auch für die politischen Inhalte bieten?[31]

Die Beteiligung bei Abstimmungen liegt in der Schweiz bei Frauen etwa 10% niedriger als bei Männern. Diese Lücke schrumpft bei gleichstellungspolitischen Vorlagen wie dem Gleichstellungsartikel 1981 oder der Initiative zur Mutterschaftsversicherung 1984. Nur beim Referendum zum neuen Ehe- und Erbrecht 1985 gingen mehr Frauen als Männer an die Urne.[32] Seit dieser Zeit sind je nach Thema grosse Unterschiede im Stimmverhalten zu beobachten. So stimmen Frauen ökologischer, sozialer und befürworten eher ethische Forderungen. Bis 2000 ergaben sich bei Vox-Umfragen 20 Mal andere Mehrheiten bei den Geschlechtern.[33] Ob diese Abstimmungen tatsächlich anders ausgegangen wären, hätte sich nur ein Geschlecht beteiligt, ist etwas schwierig zu beurteilen, da die Unterschiede meist noch im statistischen Fehlerbereich liegen. Auch kann daraus nicht geschlossen werden, dass Geschlecht der jeweils entscheidende Faktor für den Ausgang war.

Untersuchungen mehrerer möglicher Einflüsse zeigen differenziertere Ergebnisse: Senti hat anhand der Abstimmungen sieben gleichstellungsrelevanter Vorlagen untersucht, ob und wie das Geschlecht, politische Orientierungen oder sozialstrukturelle Faktoren das Abstimmungsverhalten bestimmen.[34] In allen Abstimmungen war die Links-Rechts-Orientierung ein hochsignifikantes, verhaltenssteuerndes Merkmal, das Geschlecht immerhin in drei von sieben Fällen. Besonders beim Gleichstellungsartikel waren sich Frauen einig. Bei der Untersuchung

der Differenzen unter Frauen, zeigte sich auch bei ihnen ihre jeweils unterschiedliche politische Orientierung als ein signifikantes Merkmal. Initiativen, welche die Situation erwerbstätiger Frauen verbessern sollten, wie die beiden Vorlagen zum Mutterschutz, wurden von diesen auch stärker unterstützt als von nichterwerbstätigen Frauen – sozioökonomische Betroffenheit bestimmte das Abstimmungsverhalten mit. Trotz dieses starken Einflusses und der Bedeutung politischer Grundeinstellungen konnte Senti zeigen, dass eine parteiübergreifende Mobilisierung unter Frauen möglich ist. Hier wäre sicher auch die Abstimmung über die Fristenregelung 2002 zu nennen, in der die Allianz der Frauen ihre konfessionelle Zugehörigkeit und ihre unterschiedlichen Einstellungen zu Gleichstellung im allgemeinen überflügelte. Es ist auch international bemerkenswert, dass sich zwischen 1977 (erste Abstimmung zu einer Fristenregelung) und 2002 sich sowohl eine Mehrheit der Stimmbürgerinnen und -bürger als auch eine Mehrheit der Katholikinnen und Katholiken ergeben hat, die für eine liberale, auf individueller Verantwortung beruhenden Regelung der Abtreibung votiert hat.[35]

> *«And the multiple causes that contribute to the creation of the participation gap between men and women have their roots in many aspects of experience that differentiate the lives of males and females in American society. (...) It is men's advantage with respect to most of the factors that foster activity, not any distinctive capacity to use those factors, that is responsible for their higher level of political participation.»*
>
> *Burns, Nancy / Lehman Schlozman, Kay / Verba, Sidney. 2001. The Private Roots of Public Action. Gender, Equality, and Political Participation. Cambridge / London: Harvard University Press, hier: 273.*

Direktdemokratische Institutionen sind einerseits Kanäle, «Fraueninteressen» und Verbesserungen ihrer politischen Repräsentation auf die politische Agenda zu setzen – in der Schweiz etwa durch die «Initiative 3. März», die eine Quotenregelung für die Bundesbehörden vorsah.[36] In Österreich löste 1997 das Frauenvolksbegehren eine Mobilisierungswelle unter Frauen aus. Es forderte u.a. einen Verfassungsartikel, eine Verpflichtung zu aktiver staatlicher Gleichstellungspolitik und die sozialversicherungsrechtliche Absicherung von Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung. Das Agenda-Setting gelang und die politischen Institutionen waren gezwungen, sich mit bisherigen Randthemen zu befassen. Direkte Demokratie kann als Katalysator für Interessenartikulation wirken, kann die Partizipation auch marginalisierter Gruppen erhöhen und bietet Chancen einer geschlechtergerechten politischen Öffentlichkeit. Positiv wird auch eine bewegungsorientierte Unterstützung staatlicher Frauenpolitik bewertet.[37] Neben weiteren Erfolgen durch Referenden – liberale Abtreibungsregelung in Italien und Österreich, mögliche Scheidungen in Irland[38] – zeigt aber andererseits gerade das schweizerische politische System, dass Referendum und Initiative auch immer als konservierendes, mässigendes und integrierendes Instrument eingesetzt werden. Direktdemokratische

Institutionen haben wesentlich mit zur Konkordanzdemokratie beigetragen, die sich gerade durch eine Abschliessung politischer Entscheidungsprozesse auf bestimmte Akteure auszeichnet und Erfolgschancen stark von der Ressourcenausstattung einzelner Gruppen abhängig macht («Referendumsfähigkeit») – schlechte Voraussetzungen, um unterprivilegierte Interessen erfolgreich zu vertreten. So ist die Mutterschaftsversicherung bisher drei Mal abgelehnt worden und eine Handvoll gleichstellungspolitischer Initiativen in den neunziger Jahren ist bereits im Unterschriftenstadium gescheitert.[39]

Birgit Sauer kommt zu folgendem vorläufigen Schluss:
«Wägt man direkte und repräsentative Politikmuster vor dem Hintergrund feministischer Demokratieideale ab, so schneiden direktdemokratische Instrumente deutlich besser ab. Sie sind bezüglich Partizipation, Zugang zur politischen Öffentlichkeit sowie in bezug auf Responsivität geschlechtergerechter als Institutionen der repräsentativen Demokratie.»[40]

Geschlechterdifferenzierte Studien zur direkten Demokratie haben erste Ergebnisse geliefert, inwiefern diese frauenfreundlich genutzt wird und werden kann. Weitere Aufschlüsse kann die Untersuchung zugrunde liegender sozialer Mobilisierungsprozesse bieten.

4. AUSBLICK

Trotz vielfältiger geschlechterdifferenzierter Studien zum Wahl- und Stimmverhalten gibt es noch weisse Flecken. Diese betreffen insbesondere die Frage nach den Motiven der Wahlentscheidung, dem Einfluss des Wahlsystems und das Problem der Wahlenthaltung. Für die Schweiz fehlt ein umfassender Überblick zu diesem Thema. Der Forschungsverbund Swiss Electoral Studies hat jedoch die allgemeine Datenlage verbreitert, so dass sich die Voraussetzungen für einen solchen Überblick verbessert haben.

Zu Recht haben feministische Politikwissenschaftlerinnen das enge Politikverständnis und verkürzte Partizipationsbegriffe kritisiert. Doch auch diese Thesen brauchen eine empirische Überprüfung anhand bestehender quantitativer Daten. Feministische Wissenschaftlerinnen gerade im deutschsprachigen Raum sollten diese vermehrt in ihr Methodeninventar aufnehmen. So spricht nichts dagegen, auf Grund der Kritik eine bessere Operationalisierung zum Erfragen des politischen Interesses vorzuschlagen. Wenn das Geschlecht als unabhängige Variable betrachtet wird und man geschlechtsspezifische Verteilungen bei politischer Partizipation nach weiteren massgeblichen Variablen kontrolliert, so wird deutlich, wo Frauen nach wie vor diskriminiert werden, *nur weil* sie Frauen sind. Allerdings können so geschlechtsspezifisch unterschiedlich intensive oder gegensätzliche Wirkungen anderer Variablen in der Gesamtbetrachtung verdeckt werden. Genau deswegen ist es sinnvoll, daran anschliessend vermehrt qualitative Forschungsmethoden in die Wahlforschung einzuführen, etwa bei der Frage der Wahlenthaltung. Nur so ist es möglich, das Geschlechterverhältnis in der Politik als Strukturverhältnis zu problematisieren.

ANMERKUNGEN

1 Vgl. die erste wichtige Untersuchung: Bourque, Susan / Grossholtz, Jean. 1974. Politics as unnatural practice: political science looks at female participation. Politics and Society 4: 225-266.

2 Vgl. Carroll, Susan J. / Zerilli, Linda M. G. 1993. Feminist Challenges to Political Science. In Political Science: The State of the Discipline II, hrsg. von Finifter, Ada W. Washington: The American Political Science Association, 55-76.

3 Kaase, Max. 1994. Partizipation. In Politik-Lexikon, hrsg. von Holtmann, Everhard. München: Oldenburg, 442-445, hier: 442.

4 Vgl. Hoecker, Beate. 1995. Politische Partizipation von Frauen. Ein einführendes Studienbuch. Opladen: Leske + Budrich, 18.

5 Vgl. hierzu: Schultze, Rainer-Olaf. 1994. Wahlforschung/Wahlsoziologie. In Lexikon der Politik, Band 2: Politikwissenschaftliche Methoden, hrsg. von Nohlen, Dieter. München: Beck, 523-534. Ein guter Überblick über Standardtexte der Wahlforschung bietet folgender Reader: Norris, Pippa. Hrsg. 1998. Elections and Voting Behavior. New Challenges, New Perspectives. Aldershot: Ashgate.

6 Für das Dilemma zwischen staatsbürgerlichen Gleichheitsforderungen, Grundrechtsverständnis der Verfassung und sozialen Rechten für Frauen vgl. Wecker, Regine. 1996. Staatsbürgerrechte, Mutterschaft und Grundrechte. Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 46 (3): 383-416.

7 Es gibt erst wenige komparative Untersuchungen zu Frauenstimmrechtsbewegungen. Hier ist zu nennen: Banaszak, Lee Ann. 1996. Why movements succeed of fail. Opportunity, culture and the struggle for woman suffrage. Princeton N. J.: Princeton University Press (vergleicht die USA und die Schweiz). Weitere Studien für die Schweiz: Hardmeier, Sibylle. 1997. Frühe Frauenstimmrechtsbewegung in der Schweiz (1890-1930). Argumente, Strategien, Netzwerk und Gegenbewegung. Zürich: Chronos; Voegeli, Yvonne. 1997. Zwischen Hausrat und Rathaus. Auseinandersetzungen um die politische Gleichberechtigung der Frauen in der Schweiz 1945-1971. Zürich: Chronos. Für Deutschland: Gerhard, Ute. 1996. Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Reinbek: Rowohlt; Rosenbusch, Ute. 1998. Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland. Baden-Baden: Nomos. Für Frankreich: Du Roy, Albert und Nicole. 1994. Citoyennes! : il y a cinquante ans, le vote des femmes. Paris: Flammarion; Offen, Karen. 1994. Women, Citizenship and Suffrage with a French Twist, 1789-1993. In Suffrage and beyond international feminist perspectives, hrsg. von Daley, Caroline / Nolan, Melani. New York: New York University Press, 151-170. Für Polen: Stegmann, Natali. 2000. Die Töchter der geschlagenen Helden. «Frauenfrage», Feminismus und Frauenbewegung in Polen 1863-1919. Wiesbaden: Harassowitz, besonders 224-236.

8 So übereinstimmend Voegeli 1997 und Hardmeier 1997.

9 Siehe Rule, Wilma. 1994. Parliaments of, by and for the people: except for women? In Electoral Systems in Comparative Perspective. Their Impact on Women and Minorities, hrsg. von Rule, Wilma / Zimmerman, Joseph F. Westport: Greenwood Press, 15-30.

10 Bei der repräsentativen Wahlstatistik zu den Bundestagswahlen werden Stimmzettel in ausgewählten Wahlkreisen mit Geschlecht und Altersgruppe gekennzeichnet an die Wählenden abgegeben.

11 Dabei fehlt es für die Schweiz nicht an guten Instrumenten, siehe Burger, Rudolf. 2001. Konzepte zur Analyse der Panaschierstatistik. Eine Studie mit Daten der Nationalratswahlen 1999. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.

12 Siehe Schultze 1994, 529-531 und die Diskussion bei Hardmeier, Sybille. 1995. Die schweizerische Partizipationsforschung im Lichte aktueller theoretischer Zugänge und Debatten im Ausland. Ein Literaturbericht. Schweizerische Zeitschrift für Soziologie 21 (1): 131-154.

13 Schultze 1994, 532.

14 Zu diesen Determinanten siehe ausführlich Hoecker, Beate. 1995. Politische Partizipation von Frauen. Ein einführendes Studienbuch. Opladen: Leske + Budrich, 28ff. und Norris, Pippa. 2000. Schlussfolgerung: Ein Vergleich parlamentarischer Rekrutierung. In Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft, hrsg. von Braun, Kathrin et al. München: Oldenbourg, 269-292.

15 Vgl. dazu Burns, Nancy / Schlozman, Kay Lehman / Verba, Sidney. 2001. The private roots of public action : gender, equality, and political participation. Cambridge: Harvard University Press.

16 Siehe Hoecker, Beate. 1999. Lern- und Arbeitsbuch Frauen, Männer und die Politik. Bonn: Dietz, Kap. 3, 97-101 für das Beispiel Sachsen-Anhalt 1998.

17 Evans, Richard John. 1987. Comrades and sisters : feminism, socialism and pacifism in Europe : 1870-1945.

Brighton / New York: Wheatsheaf Books / St. Martin's Press, 157-195; Hofmann-Göttig, Joachim. 1986. Emanzipation mit dem Stimmzettel – 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland. Bonn: Dietz, 30-35.

18 Zur Wahl 2002: Werner, Tim C. 2003. Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2002 nach Geschlecht und Alter. Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik. Wirtschaft und Statistik 55 (3): 171-188. Einschlägige Beiträge zu Beteiligung und Wahlverhalten für Deutschland, geordnet nach Erscheinungsjahr: Hoecker 1999, Kap. 3; Molitor, Ute / Nen, Viola. 1999. Das Wahlverhalten der Frauen bei der Bundestagswahl 1998: Kaum anders als das der Männer. Zeitschrift für Parlamentsfragen 30 (2): 252-267; Molitor, Ute. 1993. Gibt es ein frauenspezifisches politisches Verhalten? In Wahlen in Zeiten des Umbruchs, hrsg. von Gabriel, Oskar G. / Troitzsch, Klaus G. Frankfurt/Main: Peter Lang, 131-156; Reichart-Dreyer, Ingrid. 1993. Où est la (très) petite différence? Gibt es geschlechtsspezifisches Wahlverhalten?. Auch in Gabriel, Oskar G./ Troitzsch, Klaus G., vgl. oben. 107-130; Molitor, Ute. 1992. Wählen Frauen anders? Zur Soziologie eines frauenspezifischen politischen Verhaltens in der BRD. Baden-Baden: Nomos; Falter, Jürgen W. / Schumann, Siegfried. 1990. Vive la (très) petite différence! Über das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen bei der Bundestagswahl 1987. In Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987, hrsg. von Kaase, Max / Klingemann, Hans-Dieter. Opladen: Westdeutscher Verlag, 109-142.

19 Ballmer-Cao, Thanh-Huyen / Sgier, Lea. 1998. Die Wahlbeteiligung in der Schweiz. Eine geschlechtsspezifische Untersuchung anhand der Nationalratswahlen 1995. In Schweizer Wahlen 1995, hrsg. von Kriesi, Hanspeter / Linder, Wolf / Klöti, Ulrich. Bern: Haupt, 101-130, hier 102; Hirter, Hans. 2000. Wahlen 1999. Zusammensetzung und politische Orientierung der Wählerschaft bei den eidgenössischen Wahlen 1999. Bern / Genf / Zürich: Haupt, hier: 9.

20 Für die eidgenössischen Wahlen liegen VOX-Befragungen und seit 1995 solche des Projektverbunds Swiss Electoral Studies vor (N zwischen 1000 und 2000).

21 Sauer, Birgit. 1994. Was heisst und zu welchem Zweck partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung. In Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion, hrsg. von Biester, Elke et al. Frankfurt: Campus, 99-130, hier 106ff.

22 Westle, Bettina. 2001. Politische Partizipation und Geschlecht. In Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, hrsg. von Koch, Achim / Wasmer, Martina / Schmidt, Peter. Opladen: Leske + Budrich, 131-168, hier 149.

23 Westle 2001, 159.

24 Einführend zum Problem: Hoecker, Beate 1999, 81-82. Zur Studie über junge Nichtwählerinnen vgl. Piel, Edgar. 1989: Kein Interesse an Politik. Motive und Reaktionen junger Nichtwählerinnen. Frauenforschung 3: 1-9. Allgemeine Übersichten für Deutschland: Eilfort, Michael. 1994. Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn usw.: Schöningh; Falter, Jürgen W. / Schumann, Siegfried. 1994. Der Nichtwähler – das unbekannte Wesen. In Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990, hrsg. von Klingemann, Hans-Dieter / Kaase, Max. Opladen: Westdeutscher Verlag, 161-213; Kleinhenz, Thomas. 1995. Der Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag. Für die Schweiz schliesslich Bühlmann, Marc / Freitag, Markus / Vatter, Adrian. 2003. Die schweigende Mehrheit: Eine Typologie der Schweizer Nichtwählerschaft. In Schweizer Wahlen 1999, hrsg. von Sciarini, Pascal / Hardmeier, Sibylle / Vatter, Adrian, Bern: Haupt, 27-58.

25 Hoecker 1999, 81-82 und 89; Werner 2003.

26 Inglehart, Ronald /Norris, Pippa. 2000. The developmental theory of the gender gap: Women's and men's voting behavior in global perspective. International Political Science Review 21 (4): 441-463, hier 448 und 450.

27 Vgl. dazu Mueller, Carol M. Hrsg. 1988. The politics of the gender gap: the social construction of political influence. Newbury Park: Sage, 1988 und Seltzer, Richard A. / Newman, Jod / Voorhees Leighton, Melissa. 1997. Sex as a political variable. Women as candidates and voters in U. S. elections. Boulder / London: Lynne Rienner. Letzterer Band liefert insbesondere auch Datenmaterial.

28 Seltzer / Newman / Voorhees 1997, Kap. 5.

29 Longchamp, Claude. 1990. Das Wahlverhalten von Frauen und Männern im Vergleich (1971-1988). In Nehmen sie Platz, Madame! Die politische Repräsentation der Frauen in der Schweiz, hrsg. von Eidgenössische Kommission für Frauenfragen. Bern, 125-170, hier 168.

30 Inglehart/Norris 2000, 459.

31 Zur feministischen Diskussion vgl. Sauer, Birgit. 2001. Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt/M. / New York: Campus, 239-253.

32 Zur Stimmbeteiligung vgl. Mottier, Véronique. 1993. La structuration sociale de la participation aux votations fédérales. In Citoyenneté et démocratie directe – Compétence, participation et décision des

citoyennes et citoyens suisses, hrsg. von Kriesi, Hanspeter. Zürich: Seismo, 123-144 und Dies. 1995. Citizenship and Gender Division in the Swiss Direct Democracy: From Structures to Political Action. West European Politics 18 (1): 161-172; Ballmer-Cao, Thanh-Huyen 1994. Postface. Femmes et politique: quelques questions pour la science politique. Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 34: 251-275, hier 256-258.

[33] Vgl. Longchamp, Claude/ Bieri, Urs. 2001. Frauen und Männer als Stimmbürgerinnen: Was haben sie entschieden? Überblick über wesentliche Hauptergebnisse aus den VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge. Bern. Verfügbar unter www.gfs.ch/gender.html am 10. September 2003.

[34] Senti, Martin. 1998. Geschlecht als einheitsstiftende Kategorie? Das Abstimmungsverhalten von Frauen in gleichstellungspolitisch relevanten Sachfragen in der Schweiz. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50: 685-710. Es handelt sich um Abstimmungen zum Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung, zum neuen Eherecht, zur Revision des Sexualstrafrechts (Strafbarkeit ehelicher Vergewaltigung), zur Mutterschaftsinitiative, zur «Recht auf Leben!»-Initiative (Verbot der Abtreibung), zum Referendum gegen das Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetz sowie zur 10. AHV-Revision (zivilstandsunabhängige Renten, jedoch erhöhtes Rentenalter für Frauen).

[35] Engeli, Isabelle / Fischer, André-Bruno / Tresch, Anke. 2002. Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 2. Juni 2002, VOX Nr. 77. Genf / Zürich: GfS / Institut für Politikwissenschaft Universität Genf.

[36] Die Initiative wurde im März 2000 mit 82% Nein-Stimmen abgelehnt – die Bürgerlichen waren geschlossen dagegen, die Linken waren gespalten. Innerhalb der Parteianhängerschaft ergaben sich grosse Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Während die SP-geneigten Frauen die Initiative mit 55% annahmen, lehnten die SP-Anhänger sie zu zwei Dritteln ab. Alle FDP-nahen Männer waren gegen die Initiative, aber «nur» 83% der Frauen. Vgl. VOX-Analyse Nr. 69/ Mai 2000, verfügbar unter www.polittrends.ch/abstimmungen/abstimmungsanalysen/vox-analysen/welcome.html am 10. September 2003.

[37] Rosenberger, Sieglinde Katharina. 2000. Direkte Demokratie und Geschlechterpolitik. In Politik und Geschlecht, hrsg. von Wolfgruber, Elisabeth / Grabner, Petra. Innsbruck: Studienverlag, 47-64, hier 53.

[38] Sauer 2001, 249.

[39] Zwei Initiativen zur Wahl des Familiennamens und eine zur Quotenregelung im Nationalrat («Nationalrat 2000»), vgl. www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vishort.html, verfügbar am 15. August 2003.

[40] Sauer 2001, 251.